

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	474
		TOP:	22
	Verhandlung	Drucksache:	95/2020
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	01.12.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Schmidt / de		
Betreff:	Stuttgart West Rahmenkonzept zum Schul- und Tankstellen-Areal Schwab-/Bebel-/Bismarckstraße - Einbringung -		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 13.11.2020, GRDRs 95/2020, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Rahmenkonzept zum Schul- und Tankstellen-Areal Schwab-/Bebel-/Bismarckstraße mit Neuordnung von schulischen Bereichen und Umnutzung des Tankstellengrundstücks wird zugestimmt.
2. Von den beabsichtigten weiteren Schritten der Projektentwicklung wird Kenntnis genommen.
3. Von der Absicht, einen städtebaulichen Planungswettbewerb für das gesamte Areal durchzuführen, wird Kenntnis genommen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Aus der Sicht von StR Ozasek (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) ist es wichtig, den städtebaulichen Planungswettbewerb in Gang zu setzen. Kritisch sehe er die Rahmenkonzeption, die im Wesentlichen auf zwei Tiefgaragen basiere. Diese

seien nicht notwendig. Somit könne er den Antragsziffern 2 und 3 zustimmen; die Ziffer 1 lehne er ab. Zentrale Herausforderung werde die Kubatur der Gebäude sein, um ein harmonisches Zusammenspiel mit der Umgebungsbebauung zu erreichen. Besonderer Wert müsse auf die Fassadengestaltung gelegt werden, um der historischen Situation gerecht zu werden.

StR Kotz (CDU) kann der Einbringung zustimmen. Unabhängig davon bittet er um einen Bericht zur Entwicklung der Tankstellenstandorte im Stadtgebiet. Gegenüber StR Ozasek merkt er an, selbstverständlich dürfe man jeglichen Neubau einer Tiefgarage ablehnen. Darüber könne entsprechend diskutiert werden.

Die Ablehnung von Tiefgaragen kann StR Goller (AfD) nicht nachvollziehen. Es dürften Menschen nicht zu anderen Mobilitätsformen gezwungen werden, wenn alternative Infrastruktur noch nicht bereitstehe.

Herr Holch (ASW) erklärt, der Bezirksbeirat habe anlässlich der Umgestaltung des Bismarckplatzes frühzeitig den Wunsch auf Prüfung einer öffentlichen Tiefgarage unter dem selbigen formuliert. Die Machbarkeitsstudie habe ergeben, dass diese unter dem Bismarckplatz nicht wirtschaftlich umsetzbar sei. Alternativ sei die Tiefgarage in Verbindung mit dem Schulareal denkbar; dies werde nun geprüft. Die Versorgungslage mit Tankstellen könne dargestellt werden, wobei man sich im Rahmen der Vorlage auf den Westen beschränke.

Bei dem lange andauernden Prozess zum Bismarckplatz, so StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE), habe sich von Anfang die Frage gestellt, wo die Autos platziert werden könnten. Der Bereich sei sehr stark "überparkt" und gewinne durch die Einrichtung einer Tiefgarage an Qualität. Falls die Tiefgarage eines Tages nicht mehr für Autos gebraucht werde, könnten dort auch Fahrräder abgestellt werden.

Auf die aktive Entfernung von 70.000 Stellplätzen in Paris weist StR Ozasek hin. Dort wolle man eine neue Mobilitätskultur schaffen. Für das Ziel einer urbanen Qualität müssten Anreize geschaffen werden. Er erinnert an die Verpflichtung, Stuttgart zu einer klimaneutralen Stadt zu machen. Wer sich dazu bekenne, müsse Antworten zur Umsetzung geben. Beim Bismarckplatz gehe es um zusätzliche Parkierungskapazitäten, die entstehen sollen.

BM Pätzold verweist vehement auf die langjährige Diskussion um eine Neuordnung des Bismarckplatzes, die Chancen für die Schulen, den Erhalt der Villa Elisa und eine verbesserte Aufenthaltsqualität. Es werde das Konzept für einen neuen Block erarbeitet, in dem neben Wohnen auch soziale Aspekte abgedeckt würden. Die Entscheidung für eine Tiefgarage mit rund 45 Stellplätzen sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht getroffen, jedoch komme man im Westen nicht drum herum, eine gewisse Anzahl an Stellplätzen zu schaffen. Eine Tiefgarage sei eine Parkierungsfläche, die variabel - zum Beispiel von Lastenrädern - genutzt werden könne. Zunächst müsse jedoch ein positives Zeichen für den Bezirk gesetzt und gesagt werden, dass das Projekt eine sehr gute Entwicklung und deutliche Verbesserung für die Bevölkerung im Westen darstelle. Der Blick müsse in Stuttgart grundsätzlich weiter gefasst und die sehr guten Projekte deutlich stärker kommuniziert werden. Es sei zu wenig, stets nur über Stellplätze zu diskutieren. Neben Mobilität sei auch das Thema Stadtentwicklung wichtig.

Der Vorsitzende stellt auf Antrag von StR Ozasek die Beschlussantragsziffern getrennt zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt der Ziffer 1 des Beschlussantrages bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Den Ziffern 2 und 3 des Beschlussantrages wird einmütig zugestimmt.

Damit ist die GRDRs 95/2020 einggebracht.

Zur Beurkundung

Schmidt / de

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)
weg. STA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 3. Referat SOS
Amt für Sport und Bewegung (2)
 4. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (2)
 5. Referat SI
Sozialamt (2)
SI-BB
 6. BV West
 7. GPR (2)
 8. Rechnungsprüfungsamt
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS